

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 68 (1989)
Heft: 6

Vorwort: Belehrungen brauchen wir nicht
Autor: Hubacher, Helmut

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 31.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Belehrungen brauchen wir nicht

Von Helmut Hubacher, Präsident SPS

Der SPS-Parteitag zum Thema Schweiz ohne Armee demonstrierte hohe politische Schule. Mit 970 stimmberechtigten Delegierten aus vielen hundert Sektionen, aus der Fraktion und aus den Parteigremien ergibt sich eine starke Repräsentativität, wie sie bei keiner anderen schweizerischen Partei auch nur annähernd riskiert wird. Die fünfeinhalbstündige Diskussion darf als gelungen, darf als fair und offen, darf als demokratisch und argumentativ vielseitig bezeichnet werden. Dass in der Eventualabstimmung die Initiative mit 641 Ja gegen 259 Nein obsiegte, ist ein deutliches Veto gegen die offizielle Militärpolitik der letzten Jahrzehnte. Mit der Schlussab-

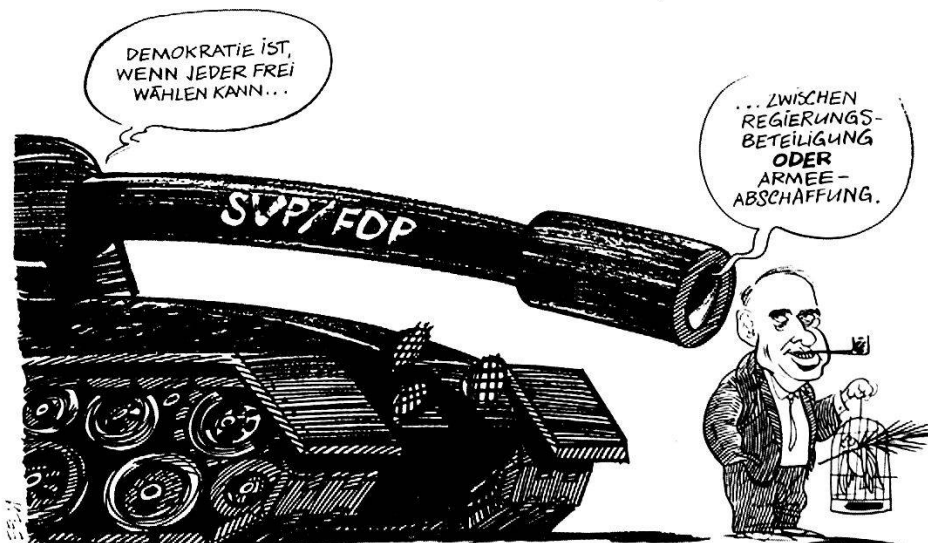
frage ein Meinungsmonopol durchzusetzen. Die Stimmfreigabe ist daher ein starkes Bekenntnis zur Demokratie. Wer daraus eine schwache Parole konstruieren will, geht davon aus, grosse Volksparteien müssten ihr Meinungsdictat plakatieren.

Dass der Beschluss des SPS-Parteitages bei der bürgerlichen Konkurrenz keinen Beifall auslöst, war voraussehbar (siehe Presse-Spiegel auf Seite 24). Es sei gestanden: Wir haben uns auch nicht danach ausgerichtet. Wenn nun aber der neue FDP-Parteipräsident Franz Steinegger sich berufen fühlt, eine Art Ehrengericht einzusetzen, das heisst unter den Bundesratsparteien die

nur noch hilflose Arroganz. So viel verbale Stärke verrät eine bedenkliche demokratische Schwäche. Demokratie ist offenbar nur dann genehm, wenn es keine abweichenden Meinungen gibt. Nach dieser Denkweise hätte die SPS in der Armeefrage haargenau gleich entscheiden müssen wie die bürgerlichen Parteien. Das ist im Zeitalter, wo die europäischen kommunistischen Staatsparteien ihr Meinungsmonopol lockern oder gar aufgeben müssen, besonders pikant. Effektiv praktiziert der FDP-Präsident mit der Doktrin, die vier Bundesratsparteien hätten als «Helvetische Einheitspartei» zu operieren, «bürgerlichen Stalinismus». Mit diesem Demokratiedefizit muss die FDP leben. Es ist nicht unser Problem.

Mit dem Votum des SPS-Parteitages wird das nötig gewordene Umdenken signalisiert. Dass eine FDP, die bis heute nicht einmal imstande war, den Zivildienst zu bejahen und die damit hinter die DDR oder hinter Ungarn zurückgefallen ist, ihre Unfähigkeit zum Umdenken blosslegt und das Manko mit Borniertheit der SPS gegenüber zudeckt, ist wiederum ihr Problem. Diese Partei wird aber nicht darum herumkommen, sich gelegentlich vom kalten Krieg zu verabschieden.

Der SPS-Parteitag hat seinen Entscheid mit hohem Verantwortungsgefühl und mit viel politischer Klugheit gefällt. Belehrungen von rechts, wie sich diese Partei angeblich hätte entscheiden sollen, werden diskussionslos re-füsiert.



stimmung, 583 für Stimmfreigabe und 370 für ein Ja, hat eine deutliche Mehrheit ihre politische Fähigkeit manifestiert, die innerparteiliche Minderheit zu respektieren. Die Mehrheit hat darauf verzichtet, in einer umstrittenen und für viele wichtigen Gewissens-

Bonität der SPS punkto Sicherheits- und Aussenpolitik besprechen zu müssen, um allenfalls die Angeklagte entweder zu verurteilen oder mangels genügender Beweise gnädigst von Strafe und Ausschluss aus der Regierung freizusprechen, markiert er damit